



## Beschluss

vom 7. November 2006 Nr. 2391

### Postulat

#### **Postulat Rahel Gerlach und Bettina Surber: Richtlinien für die Bewilligungspraxis im öffentlichen Raum – Damit die Stadt ohne finanziellen Aufwand an Kultur gewinnt; Frage der Erheblicherklärung**

Rahel Gerlach und Bettina Surber sowie 21 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 26. September 2006 das beiliegende Postulat "Richtlinien für die Bewilligungspraxis im öffentlichen Raum – Damit die Stadt ohne finanziellen Aufwand an Kultur gewinnt" ein.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

### **1 Nutzung des öffentlichen Raumes**

Wie in anderen Städten werden auch im öffentlichen Raum der Stadt St.Gallen zahlreiche Veranstaltungen, die in irgendeiner Form bewilligungspflichtig sind, durchgeführt. Dazu kommen - schwerpunktmässig im Sommerhalbjahr - spontane Nutzungen, die dazu führen, dass öffentliche Räume in vermehrten Masse und in vielfältiger Art und Weise in Anspruch genommen werden.

Allein im vergangenen Jahr wurden in St.Gallen auf öffentlichem Grund 25 Grossanlässe durchgeführt, und es fanden auf öffentlichen Strassen und Plätzen 527 Anlässe von gemeinnützigen, kulturellen und politischen Organisationen sowie 305 Nutzungen durch Strassenkünstler und Strassenkünstlerinnen statt (vor allem Strassenmusikanten). Die auf öffentlichem Grund durchgeführten Anlässe haben in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. So ist die Anzahl gemeinnütziger, kultureller und politischer Anlässe in den Jahren 2000 bis 2005 um fast 50 % angestiegen. Vor allem die viel begangenen Plätze der Innenstadt sind für Anlässe und Kundgebungen besonders attraktiv. Daneben werden im öffentlichen Raum zahlreiche Märkte abgehalten (Lebensmittelmärkte, Frühlings- und Herbstjahrmärkte, Flohmärkte, Bauernmärkte und Weihnachtsmärkte), und während der warmen Jah-



reszeit wird zunehmend öffentlicher Raum durch Strassenrestaurants und Trottoir-Wirtschaften belegt.

Kulturelle Veranstaltungen, Märkte, Events und Vergnügungsmöglichkeiten sind Teil eines vielfältigen urbanen Angebots. Sie tragen zum Image einer abwechslungsreichen, attraktiven Stadt bei, die Ausgezielte ist für Menschen aus einer weiten Region. Kehrseite einer vermehrten, unterschiedlichen Nutzung des öffentlichen Raums und eines veränderten Ausgehverhaltens ist eine Zunahme des Nutzungsdrucks und von Zielkonflikten zwischen Veranstaltungen auf öffentlichem Grund und dem Ruhebedürfnis der Anwohnerinnen und Anwohner. Ein umsichtiges Management des öffentlichen Raums, das abwägen muss zwischen dem Bedürfnis nach urbaner Betriebsamkeit einerseits und dem Anspruch auf Ruhe und Sicherheit andererseits, ist eine wichtige Aufgabe von Politik und Verwaltung. Gebrauchsregulierung und Nutzbarkeit des öffentlichen Raums müssen immer wieder definiert und neu festgelegt werden.

## **2 Bewilligungserfordernis**

Die über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung des öffentlichen Grundes bedarf einer polizeilichen Bewilligung. Das Bewilligungserfordernis gilt grundsätzlich für sämtliche Arten von Veranstaltungen. Die Bewilligung wird erteilt, wenn keine überwiegenden öffentlichen oder privaten Interessen entgegenstehen. Bei der Beurteilung hat die Vollzugsbehörde eine Abwägung der verschiedenen tangierten Interessen vorzunehmen. Der Entscheid muss auf sachlich vertretbaren Kriterien beruhen und den Grundsatz der Verhältnismässigkeit wahren.

## **3 Überprüfung der bestehenden Richtlinien für die Bewilligungspraxis**

Öffentliche Plätze und Räume bilden eigentliche Knoten der Aktivität in der Stadt mit einer Kommunikations- und Integrationsfunktion für die städtische Gesellschaft. Daneben dient der öffentliche Raum als Verkehrsfläche, Erholungsgebiet, konsumorientierter Erlebnisort oder als Infrastrukturanlage. Besonders vielseitig und intensiv ist die Nutzung des zur Verfügung stehenden öffentlichen Raumes in der Innenstadt. Bei der Belegung dieser besonders attraktiven Plätze konkurrenzieren sich viele, unterschiedliche Anspruchsgruppen.

Neben den zahlreichen, oben erwähnten bewilligungspflichtigen Nutzungen wird der öffentliche Raum aufgrund des geänderten Freizeit- und Ausgehverhaltens von Jugendlichen und jungen Erwachsenen immer stärker genutzt. Diese spontanen Nutzungen und Aneignungen führen aufgrund von Immissionen häufig zu Zielkonflikten mit den Anwohnenden.



Vor allem in der Innenstadt ruft der steigende Nutzungsdruck auf den öffentlichen Raum zunehmend nach einem eigentlichen Belastungsmanagement. Dazu gehören ein Konzept für den Umgang mit dem öffentlichen Raum und daraus abgeleitet die Anpassung und Aktualisierung der Richtlinien für die Bewilligungserteilung mit dem Ziel, die Bewirtschaftung und das Bewilligungsverfahren zur Nutzung des öffentlichen Raums (Pärke, Strassen, Räume) zu vereinfachen und transparenter zu machen.

In diesem Sinne ist der Stadtrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

#### **4       Antrag**

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament, das Postulat **erheblich** zu erklären.

Information über die Stellungnahme des Stadtrats nach Art. 67 Geschäftsreglement des Stadtparlaments:

- Die Nutzung des öffentlichen Raums durch Veranstaltungen unterschiedlicher Art ist Teil eines vielfältigen urbanen Angebots und trägt zum Image einer abwechslungsreichen, attraktiven Stadt bei. Die zunehmende Nutzungsintensität des öffentlichen Raumes durch gemeinnützige, kulturelle, politische und kommerzielle Anlässe sowie durch informelle Treffpunkte und spontan durchgeführte Events führt andererseits auch zu Beeinträchtigungen, etwa durch Lärm, Abfall und Verkehr. Im Rahmen der Postulatsbeantwortung soll geklärt werden, wie ein Ausgleich der verschiedenen Interessen am öffentlichen Raum erreicht werden kann, und es sollen die Richtlinien für die Bewilligungspraxis angepasst und aktualisiert werden.

Auf Antrag der Direktion Soziales und Sicherheit beschliesst der Stadtrat:

1. Den vorstehenden Ausführungen wird zugestimmt.
2. Der Direktor Soziales und Sicherheit wird beauftragt, in diesem Sinne im Stadtparlament Stellung zu nehmen.

Beilage:

Postulat vom 26. September 2006

Protokollauszug:

Direktion Inneres und Finanzen (3)

Direktion Soziales und Sicherheit (3)

Direktion Bau und Planung (3)

Rechtskonsulent (3)

☒ keine Öffentlichkeitsarbeit

☐ Medienmitteilung

☐ Medienkonferenz

